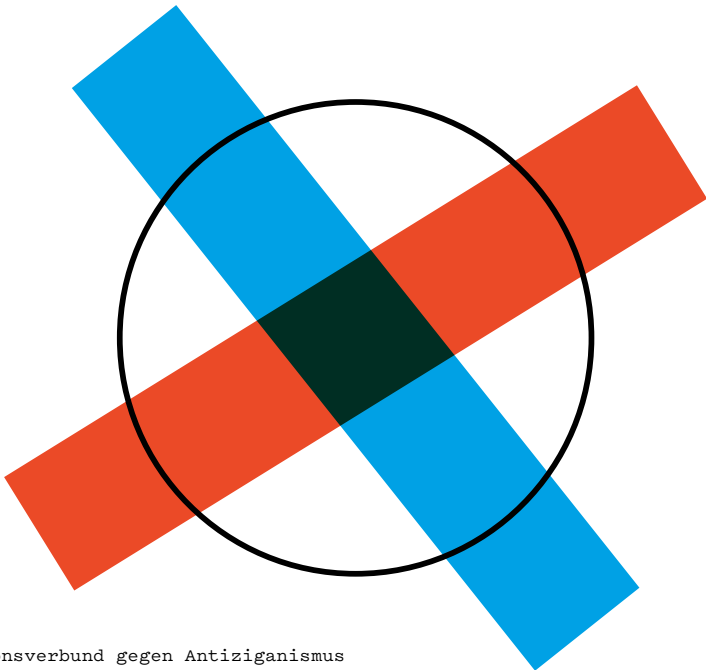


E terne vakerena!

16

Die Jugend spricht!



INHALT

- 2** Vorwort
- 4** Einordnung der Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als gesichert rechtsextrem einzustufen
- 9** Ich lebe hier - aber meine Stimme zählt nicht
- 10** Social Media - wie unser Feed Politik macht
- 12** Ein Statement
- 13** Wahljahr unter Spannung. Halle zwischen politischem Umbruch, Vertrauensfrage und gesellschaftlicher Unsicherheit
- 16** Wie es sich anfühlt, heute in Niedersachsen zu leben
- 18** Unzufriedenheit und politische Orientierung

**Willkommen zur ersten Ausgabe von »E terne vakerena!
Die Jugend spricht!« im Jahr 2026 und insgesamt bereits
zur 16. Ausgabe.**

Die Zeitschrift ist das gemeinschaftliche Werk der im Kooperationsverbund gegen Antiziganismus aktiven Jugendgruppenkoordinator*innen und Jugendlichen, die inzwischen an den Standorten Berlin, Dresden, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Halle, Hamburg, Leipzig, Mainz, Oberhausen und Osnabrück erfolgreich Jugendgruppen aufgebaut haben. Mit der Jugendzeitschrift verwirklichen wir eines der Hauptziele des Kooperationsverbunds gegen Antiziganismus, schaffen einen selbst bestimmten und frei bespielbaren Raum, in dem die Perspektiven, die Interessen und die Lebenswelten junger Roma und Sinti sichtbar werden. Die erste Ausgabe im neuen Jahr ist den anstehenden Landtagswahlen in einigen Bundesländern gewidmet, denn viele dieser Wahlen werden richtungsweisend sein. Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Bundesländern, in denen in der Regel alle fünf Jahre eine neue Landesregierung gewählt wird, denn jedes Bundesland hat eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament, das nennt man in den meisten Bundesländern Landtag. Ausnahmen sind das Abgeordnetenhaus in Berlin und die Bürgerschaften in Bremen und in Hamburg, wie dort das Parlament genannt wird. Jede Wahl muss allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. Die eigenen Stimmen können entweder am Wahltag selbst im zugewiesenen Wahllokal oder bereits einige Wochen vorher per Briefwahl abgegeben werden. Wie viele Stimmen abzugeben sind, variiert von Land zu Land. In den meisten Fällen ist esso, dass Wähler*innen zwei Stimmen haben: Die Erststimme und die Zweitstimme. Mit der Erststimme wird immer eine Person gewählt, also ein*e Kandidat*in, die sich im Vorhinein für das politische Amt beworben hat. Mit der Zweitstimme entscheidet man dann, welche Partei gewählt wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob z.B. die Kandidatin, die ich wähle auch

in der Partei ist, die ich ankreuze. Genau so wie sich die Anzahl der Stimmen von Bundesland zu Bundesland unterscheiden, kann auch das Wahlalter in den einzelnen Ländern variieren. In zehn Bundesländern beträgt es 18 Jahre, das ist auch das Wahlalter mit dem man bei der Bundestagswahl mitwählen darf, in den anderen sechs Bundesländern kann man bereits mit 16 Jahren wählen. Zusätzlich braucht es auch eine deutsche Staatsbürgerschaft, sowieso einen Wohnsitz im jeweiligen Bundesland. Das heißt, alle Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind nicht wahlberechtigt. Zur Veranschaulichung: Bei der vergangenen Bundestagswahl im Februar 2025 durften rund 10 Millionen Menschen in Deutschland nicht wählen, weil sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Das sind etwa 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung und fast 60 Prozent der Erwachsenen mit Einwanderungsgeschichte. Hier noch drei gute Gründe, wieso DU wählen gehen solltest, soweit du wahlberechtigt bist: 1. Weil zur Wahl zu gehen ein Privileg ist, welches die Demokratie stärkt. 2. Es ist dein Recht zu wählen – Art. 20 im Grundgesetz legt das fest. 3. Wenn du nicht wählen gehst, entscheiden andere und die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, erleichtert es extremistischen Strömungen mehr Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu nehmen. Weitere Gründe, warum wählen wichtig ist und was diese aktuelle Situation mit Jugendlichen macht, liest du in dieser Ausgabe. Zu Beginn gibt es noch eine kurze Einordnung zu der Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als gesichert rechtsextrem einzustufen: Was ist da der heutige Stand? Wie läuft sowas ab? Wie sieht es in den einzelnen Landesverbänden aus und wie steht's eigentlich um die aktuellen Wahlumfragen in den einzelnen Bundesländern, in denen gewählt wird? Dies und mehr in den folgenden Artikeln. Wenn du Gedanken oder Anmerkungen zu dem Thema Wahlen hast oder Veränderungen in deiner Stadt spürst, lass es uns wissen! Auch wenn du mehr zur bundesweiten Verbandsarbeit von Amaro Drom und den weiteren Inhalten und Zielen oder Veranstaltungen des Kooperationsverbundes erfahren möchtest, dann besuche unsere Webseite, auf der neben zahlreichen interessanten Berichten und Veranstaltungshinweisen auch viele Videos zu den Themen Antiziganismus, Empowerment und Jugendarbeit zur Verfügung stehen: www.amarodrom.de

Nun aber wünschen wir viel Spaß und Inspiration beim Durchblättern der 16. Ausgabe von »E terne vakerena! Die Jugend spricht!«.

Einordnung der Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als gesichert rechtsextrem einzustufen

4

Überblick über die aktuelle Situation

Was bedeutet es überhaupt, eine Partei als »gesichert rechts-extrem« einzustufen? Wer kann das machen und anhand welcher Kriterien erfolgt eine solche Einordnung?

Eine Partei gilt als gesichert rechtsextrem, wenn sie dauerhaft die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt und dabei Ideologien wie Rassismus, Nationalismus oder Antisemitismus verbreitet. Grundlage für so eine Einstufung sind unter anderem Programmatik, öffentliche Aussagen, Handlungen sowie innerparteiliche Strukturen.

Der Verfassungsschutz prüft dabei unter anderem, ob die Partei

- die Demokratie, das Prinzip der freien Wahlen oder den Rechtsstaat ablehnt oder deren Abschaffung anstrebt,
- autoritäre oder völkisch-nationalistische Staatsvorstellungen vertritt und demokratische Institutionen delegitimiert,
- die Gleichwertigkeit aller Menschen infrage stellt und bestimmte Gruppen systematisch abwertet oder zu Feindbildern erklärt (z. B. Minderheiten, Migrant*innen oder religiöse Gruppen),
- Gewalt, Einschüchterung oder andere extremistische Mittel als legitime Wege ansieht, um politische Ziele durchzusetzen,
- und ob ihre Ideologie insgesamt verfassungsfeindlich ist (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2024a).

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD bundesweit als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« eingestuft. Die

5



Demo gegen rechts, 21. Januar 2024 am Platz der Republik in Berlin

(Foto: Paula Rosenheimer)

Behörde kommt nach intensiver Prüfung zu dem Schluss, dass die Partei als Ganzes aktiv gegen zentrale Verfassungsprinzipien arbeitet, insbesondere gegen die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und den Rechtsstaat

(→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2024a).

Die Einstufung als gesichert rechtsextrem bedeutet, dass die Partei verfassungsfeindlich ist, vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf und diese Bewertung auch eine rechtliche Grundlage für ein mögliches Parteiverbot nach Art. 21 Grundgesetz bildet (→ vgl. Ogorek).

Grundlage dieser Bewertung ist die sogenannte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO). Diese umfasst die zentralen Strukturprinzipien des Grundgesetzes, insbesondere die Achtung der Menschenwürde, das Demokratieprinzip, die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung sowie das Mehrparteienprinzip (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2024a).

AfD – gesichert rechtsextrem?

Im Mai 2025 stufte der Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextrem ein, weil die Partei dauerhaft die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt und Elemente von Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus in ihrem Programm verbreitet. Gegen diese Einstufung klagte die AfD. Bis zu einem Gerichtsurteil hat der Verfassungsschutz eine sogenannte

»Stillhalteusage« abgegeben, das heißt, die Hochstufung wird vorläufig nicht umgesetzt. Bis heute liegt noch kein endgültiges Urteil vor (→ vgl. Mediendienst Integration).

Zur Begründung erklärt der Verfassungsschutz:

Zur Begründung führt das Bundesamt für Verfassungsschutz aus, dass für die Bewertung insbesondere ein die Partei prägendes ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis maßgeblich sei. Dieses führe dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland abgewertet und in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt würden. Zudem äußere sich dieses Verständnis unter anderem in migrations- und muslimfeindlichen Positionen innerhalb der Partei (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2024b).



Für weitere Informationen zur Einstufung hat die Tagesschau ein FAQ erstellt, das über diesen QR-Code leicht erreichbar ist.

Was passierte davor?

Vor der Hochstufung war die AfD bereits als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Auch gegen diese Einstufung klagte die Partei, blieb jedoch ohne Erfolg. Die Klage durchlief mehrere Instanzen, bis zum Bundesverwaltungsgericht, scheiterte aber auch dort. Damit blieb die Einstufung des Verfassungsschutzes weiterhin bestehen.

Exkursion: Die »Remigrations« – Pläne der AfD

Gegen Ende des Jahres 2023 und zu Beginn 2024 sorgte die sogenannte »Remigrations – Debatte« für Schlagzeilen. Forderungen wurden laut, Menschen mit Migrationshintergrund, darunter auch Menschen mit deutschem Pass, abzuschieben. Das griffen auch einige Politiker*innen der AfD mit auf (→ Deutsche Welle 2023). Die Debatte löste bundesweite Proteste und Demonstrationen aus, bei denen tausende Menschen gegen rechte Parolen und für Demokratie und Menschenrechte auf die Straße gingen. In der Folge rückten die rechtsextremen Tendenzen einzelner AfD-Positionen stärker ins öffentliche Bewusstsein. Auch der Verfassungsschutz dokumentierte, dass insbesondere in Videos und Social-Media-Beiträgen, z. B. der Jugendorganisation »Junge Alternative«, das Thema »Remigration« aufgegriffen und verbreitet wurde. Dies fließt in die langfristige Beobachtung der Partei ein (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2024). Zusätzlich gab es im Bundestag Reaktionen, in denen Abgeordnete die Remigrations-Debatte kritisierten und betonten, dass sie fremdenfeindliche und verfassungsfeindliche Tendenzen in der AfD widerspiegeln (→ Deutscher Bundestag 2024).

6

Welche Gruppierungen der AfD gelten laut Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem?

7 Laut Verfassungsschutz gelten einige Gruppierungen der AfD als gesichert rechtsextrem. Dazu gehören die Landesverbände in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Auch die Jugendorganisation »Junge Alternative« wurde als rechtsextrem eingestuft. Sie hat sich offiziell im März 2025 aufgelöst, wurde aber im selben Jahr, am 29. November, in Gießen unter dem Namen »Generation Deutschland« neu gegründet. Zudem wurde der sogenannte »Flügel« innerhalb der AfD als Gruppierung mit gesichert rechtsextremistischer Bestrebung eingestuft. Diese Einstufung erfolgte bereits im März 2020. Der »Flügel« löste sich im April desselben Jahres offiziell auf.

(→ Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024a)

Der Verfassungsschutz beobachtet außerdem einige AfD-Gruppierungen als rechtsextreme Verdachtsfälle. Dazu zählen die Landesverbände in Bremen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern. Auch beschäftigen viele der AfD-Abgeordneten rechtsextreme Mitarbeiter*innen. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet mit Personen zusammen, die Mitglied in Organisationen sind, die der Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft.

(→ Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024a)

Bei den Anhänger*innen der AfD zeigt sich ein ähnliches Bild. Laut der Mitte – Studie 2023 haben 21 Prozent der AfD-Wähler*innen ein klar geschlossen rechtsextremes Weltbild. Rund 90 Prozent stimmen rassistischen und national-chauvinistischen Aussagen entweder eindeutig oder teilweise zu (→ Mitte Studie 2023). Zudem befürworten etwa 60 Prozent der Anhänger*innen eine Diktatur, ebenfalls eindeutig oder teilweise, und 52 Prozent billigen Gewalt, zumindest teilweise (→ vgl. Zick & Eden).

Hat das mögliche Urteil des Verfassungsschutzes Folgen für die Partei?

Die AfD erhält weiterhin staatliche Parteienfinanzierung. Die Einstufung als »gesichert rechtsextremistisch« führt nicht automatisch zu einem Ausschluss von dieser Finanzierung. Ein solcher Ausschluss könnte nur erfolgen, wenn sich eines der drei Verfassungsorgane – Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung – zu einem entsprechenden Antrag entschließt (→ vgl. Lüdecke).

AfD-Verbotsverfahren als Möglichkeit, die staatliche Parteifinanzierung zu stoppen?

Die Hamburger Bürgerschaft fordert aktuell eine Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens, und auch auf Bundesebene wurden in den letzten Monaten immer wieder entsprechende Stimmen laut. Ein tatsächliches Verbotverfahren gilt aber als sehr unwahrscheinlich (→ Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024b).

Aktuelle Umfragewerte und ihre politischen Folgen

Aktuelle Wahlumfragen zeigen, dass die AfD in allen Bundesländern weiterhin hohe Zustimmungswerte erreicht und teils als stärkste Kraft gilt. Besonders deutlich ist dies in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Sachsen-Anhalt, wo sie in aktuellen Umfragen rund 40 Prozent erzielt und klar vor der CDU liegt. Da mehrere Parteien teils um oder unter der Fünf-Prozent-Hürde rangieren, könnten Stimmen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt bleiben. In der Folge könnte die AfD einen überproportionalen Anteil an Parlamentssitzen erhalten. Je nach Wahlausgang wären Szenarien wie eine Allein- oder Minderheitsregierung denkbar (→ Wahlrecht 2026).

Wird es im Jahr 2026 das erste Mal eine rechtsextreme Regierung in Deutschland auf Landesebene seit Ende des Zweiten Weltkriegs geben? Die Wahlen werden es zeigen.

Leitfaden »Stark gegen Rechts« von IDA e. V.

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) hat einen Leitfaden veröffentlicht, der sich mit rechter Einflussnahme in Jugendverbänden auseinandersetzt und praxisnahe Unterstützung für eine rassismuskritische Jugendarbeit bietet.



Falls du dazu mehr wissen willst, klick dich gerne mal durch, hier findest du den Leitfaden.



8

9

Ich lebe hier – aber meine Stimme zählt nicht

Ich lebe seit vier Jahren in Deutschland. In der Zeit habe ich natürlich viel über Politik mitbekommen, auch wenn ich selbst nicht wählen darf. Gerade jetzt bei den Landtagswahlen merkt man, wie präsent das Thema überall ist. Viele meiner Freunde gehen wählen. Sie reden darüber, diskutieren und machen sich Gedanken, wen sie wählen sollen. Und ich stehe einfach daneben. Nicht, weil es mir egal ist, sondern weil ich es nicht darf. Ich bin auf Duldung, und damit ist das Thema Wählen für mich eigentlich schon erledigt. Das fühlt sich ehrlich gesagt unfair an. Ich lebe hier, mein Alltag ist hier, mein Leben spielt sich hier ab. Ich habe mich integriert, so wie viele andere Ausländer auch. Trotzdem darf ich meine Meinung nicht offiziell sagen, obwohl es genau um dieses Land geht.

Besonders schwer ist es, wenn man sieht, dass rechte Parteien immer stärker werden. Das macht mir Angst. Es sind Parteien, deren Politik Menschen wie mich oft ausschließt oder schlechtredet. Und trotzdem darf ich nichts dagegen tun, zumindest nicht durch meine Stimme.

Ich hätte gerne gewählt. Nicht, weil ich Politikexperte bin, sondern weil ich hier lebe. Weil mich das alles betrifft. Nicht wählen zu dürfen fühlt sich an, als wäre man nur halb dabei. Man gehört irgendwie dazu, aber eben auch nicht ganz.

Ich wünsche mir, dass man darüber mehr spricht. Denn es gibt viele Menschen wie mich, die hier leben, ihren Teil beitragen – aber keine Stimme haben. Und das sollte man nicht einfach ignorieren.

← Alen hält symbolisch einen leeren Zettel vor sich – ein starkes Sinnbild dafür, dass ihm das Wahlrecht verwehrt bleibt.

Alen (Osnabrück)

Ich wünsche mir von Herzen, dass wir Menschen, die hier leben, hier aufgewachsen sind, Teil dieser Gesellschaft sind und ihren Alltag in Deutschland verbringen, auch ohne hier geboren zu sein oder einen deutschen Pass zu bekommen, mitentscheiden und wählen dürfen.

Social Media – wie unser Feed Politik macht

Seribana (Feiburg)

Heute läuft fast alles über Social Media – TikTok, Instagram, YouTube, sogar Threads oder Twitter. Klar, wir sehen dort Memes, Influencer oder die neuesten Challenges, aber gleichzeitig bestimmt unser Feed, was wir politisch mitkriegen. Nachrichten, Meinungen, Proteste, Wahlkampagnen – alles landet in einem Mix aus Algorithmus und Werbung. Und das beeinflusst, wie wir über Parteien, Politiker*innen oder gesellschaftliche Themen denken.

Gerade bei Wahlen ist Social Media mächtig: Parteien posten Clips, Kandidat*innen machen Lives, Jugendliche diskutieren in den Kommentaren oder teilen Stories. Das kann super sein, um politisches Interesse zu wecken, aber es hat auch eine Kehrseite. Falschnachrichten, extreme Gruppen und gezielte Propaganda verbreiten sich dort rasend schnell. Wer nur den eigenen Filterbubble-Feed sieht, kriegt leicht ein verzerrtes Bild der Realität.

Für uns Jugendliche ist das wichtig, weil wir mitreden, mitbestimmen und wählen dürfen – und weil Social Media unser Bild von Politik prägt, können wir auch gezielt aufpassen, kritisch bleiben und mit Fakten gegen Hass oder Fake News argumentieren. Es zeigt auch: Demokratie lebt nicht nur am Wahltag im Wahllokal, sie lebt jeden Tag online, in unseren Feeds, unseren Diskussionen und unseren Entscheidungen.

Also, wenn du das nächste Mal scrollst, denk dran: Social Media ist nicht nur Unterhaltung, sondern ein Ort, der unsere Gedanken stark beeinflussen kann. Algorithmen zeigen uns, was wir mögen, aber genau das kann auch schlechtes Gedankengut verstärken – Vorurteile, Hass oder extreme Meinungen. Viele merken gar nicht, wie sehr das psychisch beeinflusst, was wir glauben oder wie wir andere sehen. Unser Gehirn sucht automatisch nach Mustern und einfachen Antworten – besonders, wenn man sich verunsichert oder gestresst fühlt. Das war im Nationalsozialismus ähnlich: Menschen waren verzweifelt, wirtschaftlich oder sozial unter Druck, und sie suchten nach Sündenböcken, auf die sie ihre Wut projizieren konnten. Das führte zu massiver Hetze und Gewalt gegen Minderheiten.

10

11

Heute können wir lernen, diese Fallen zu erkennen: Wenn du Inhalte kritisch hinterfragst, mehrere Quellen checkst, Nachrichten nicht nur nach deinem Bauchgefühl teilst und bewusst Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven folgst, vermeidest du, dass Vorurteile sich einschleichen. Es geht darum, bewusst zu scrollen und zu denken, statt nur vom Feed gesteuert zu werden.

Genau hier setzt Amaro Drom auf Social Media an: Wir wollen ein positives, empowerndes Bild von Roma und Sinti zeigen, das gegen rechte Propaganda wirkt. Wir teilen Geschichten, Erfolge, Projekte, Perspektiven – kurz: wir zeigen, dass Roma und Sinti nicht nur Opfer der Geschichte sind, sondern aktive, selbstbewusste Menschen, die in unserer Gesellschaft sichtbar und gehört werden. So wollen wir Vorurteile abbauen, Hass entgegenwirken und den Algorithmus ein Stück weit für Demokratie und Respekt nutzen.

Social Media kann ein Werkzeug für gutes Denken und kritische Sichtweise sein – aber nur, wenn wir bewusst scrollen, hinterfragen und sichere Räume für Austausch und Empowerment schaffen, wie es Amaro Drom tut.

Hier sind 3 Tipps, wie du besser scrollst!

1. Quellen checken

Bevor du etwas teilst oder glaubst, schau kurz nach, woher es kommt. Ist es von seriösen Nachrichten oder Expert:innen? Oder nur ein Meme oder Post, der dich wütend macht? So bleibst du schlauer als der Feed.

2. Unterschiedliche Perspektiven mitnehmen

Folge Leuten, die anders denken oder aus anderen Hintergründen kommen. So siehst du die ganze Story, nicht nur deinen eigenen Filterbubble-Standpunkt.

3. Kurz innehalten, bevor du klickst

Wenn ein Post dich wütend oder traurig macht, atme kurz durch. Frag dich: »Wer profitiert davon, dass ich das glaube oder weiterteile?« So stoppst du Hass, Fake News und Manipulation, bevor sie dich beeinflussen.

Ein Statement

12

Alexandra (Berlin)

In den letzten Monaten fühlt sich vieles schwerer an. Nachrichten über Wahlen, über politische Veränderungen, über Parteien, die immer lauter werden und Dinge sagen, die Angst machen. Viele junge Menschen schalten dann ab. Zu viel Politik, zu kompliziert, zu anstrengend. Wegschauen wirkt oft wie die einfachste Lösung. Aber Wegschauen hat Folgen.

Politische Entscheidungen passieren nicht irgendwo weit weg, sie passieren genau hier. Sie betreffen unsere Schulen, unsere Ausbildung, unsere Chancen, unsere Sicherheit. Sie betreffen, ob wir uns in unserer Stadt willkommen fühlen oder nicht. Gerade für junge Roma und Sinti ist Politik nichts Abstraktes. Antiziganismus ist kein Thema aus Büchern, sondern etwas, das viele von uns im Alltag erleben. In der Schule, auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, auf der Straße oder im Netz.

Wenn extremistische Parteien stärker werden, verändert sich der Ton in der Gesellschaft. Dinge, die früher undenkbar waren, werden plötzlich laut ausgesprochen. Diskriminierung wird verharmlost. Ausgrenzung wird normalisiert. Und Menschen, die ohnehin oft übersehen werden, geraten noch stärker unter Druck.

Viele Jugendliche sagen, dass sie Politik nicht vertrauen. Dass sie sich nicht vertreten fühlen. Dass ihre Stimmen nichts ändern. Dieses Gefühl ist verständlich. Aber genau darauf setzen extremistische Strömungen. Sie profitieren davon, wenn junge Menschen nicht wählen gehen, nicht mitreden, sich zurückziehen. Denn dann entscheiden andere über unser Leben.

Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen sie mitgestalten. Sie ist kein Zustand, der einfach da ist. Sie lebt davon, dass wir Fragen stellen, widersprechen, diskutieren und unsere Stimmen nutzen. Auch dann, wenn es sich mühsam anfühlt. Auch dann, wenn wir uns unsicher sind.

Wegschauen schützt nicht. Es macht uns leiser in einer Zeit, in der wir gehört werden müssen.

Gerade junge Menschen haben Perspektiven, Erfahrungen und Gedanken, die wichtig sind. Unsere Geschichten zählen. Unsere Meinungen auch.

Sich mit Politik zu beschäftigen heißt nicht, alles zu wissen oder Expertein oder Experte zu sein. Es reicht, hinzuschauen. Fragen zu stellen. Sich auszutauschen. Zu sagen, was sich falsch anfühlt. Und dort, wo es möglich ist, wählen zu gehen. Denn wenn wir nicht hinschauen, schauen andere für uns. Und nicht immer in unserem Sinne.

13

Wahljahr unter Spannung. Halle zwischen politischem Umbruch, Vertrauensfrage und gesellschaftlicher Unsicherheit

Ahmad (Halle)

Das Wahljahr in Sachsen-Anhalt trifft auf eine Bevölkerung, die politisch müde, aber gleichzeitig angespannt ist. In vielen Gesprächen fällt ein Satz immer wieder: Unsere Stimmen zählen, aber sie verändern nichts. Besonders in Halle (Saale) wird dieses Gefühl spürbar. Die Stadt steht exemplarisch für eine Entwicklung, die über einzelne Wahlergebnisse hinausgeht: Es geht um Vertrauen. Und dieses Vertrauen bröckelt.

Die letzten Wahlzahlen zeigen eine deutliche Verschiebung in der politischen Landschaft des Landes. Sinkende Beteiligung in einigen Stadtteilen, starke Ausschläge in Protestwahlbezirken und wachsende Unterschiede zwischen sozialen Gruppen machen sichtbar, dass Politik nicht mehr überall gleich erreicht. Besonders in wirtschaftlich schwächeren Vierteln Halles lag die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig stieg dort der Anteil radikaler Proteststimmen. Diese Zahlen sind keine Randnotiz sie sind ein Warnsignal (→ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2025).

Viele hier gehen gar nicht mehr wählen. Nicht weil es ihnen egal ist, sondern weil sie glauben, dass sowieso nichts besser wird. Im Vergleich zu vielen ähnlich großen Städten in Deutschland ist die Wahlbeteiligung in Halle unterdurchschnittlich: Bei der Bundestagswahl 2025 lag die Wahlbeteiligung in Halle (Saale) bei 76,1 %, während die bundesweite Wahlbeteiligung insgesamt bei 82,5 % lag, also deutlich höher (→ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2025; → Destatis 2025). Das deutet darauf hin, dass sich in Halle mehr Menschen von Wahlen distanzieren als in vielen anderen Städten ähnlicher Größe, in denen allgemein höhere Beteiligungswerte verzeichnet werden.

Der politische Umbruch auf Landesebene verstärkt diese Unsicherheit. Neuer Ministerpräsident ist Sven Schulze, gewählt am 28. Januar 2026. Sein Amtsantritt folgt auf den Rücktritt von Reiner Haseloff, der das Land seit 2011 geführt hatte. Offiziell ist es ein geordneter Übergang. Politisch ist es ein Neustart unter Druck. Schulze übernimmt ein Land im Wahlkampfmodus und Städte wie Halle beobachten genau, ob sich dadurch etwas verändert.



Halle an der Saale
(Foto: Ahmad)

14

Für manche Menschen ist dieser Wahlkampf nicht abstrakt, sondern sehr persönlich. Als jemand, der nach langer Zeit und großem persönlichen Stress erst kürzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hat, fühlt sich politische Entscheidung unmittelbarer an als für viele andere. Während Familienmitglieder sie oft früher bekommen, können sich Verfahren bei Einzelnen über Jahre hinziehen. Ähnliche Unsicherheit zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt: Selbst junge Menschen mit Ausbildungs- oder IT-Ambitionen finden nicht immer einen Platz. Solche individuellen Erfahrungen machen deutlich, wie eng Alltag und Politik miteinander verbunden sind und wie sehr junge Menschen häufig zwischen Erwartungen und Realität stehen.

Denn Halle steht vor konkreten Herausforderungen: steigende Lebenshaltungskosten, soziale Spannungen, Zukunftsängste junger Menschen und ein wachsendes Gefühl politischer Distanz. Das Vertrauen in staatliche Institutionen fehlt.

Viele Jugendliche wollten früher mitgestalten und ihre Meinung sagen. Heute überwiegt bei den meisten die Frustration und das Gefühl, dass sich trotz allem nichts verändert.

Wirtschaftlich steht Halle zwischen Potenzial und Stillstand. Forschungseinrichtungen, Universitätsstandort und Industrieansiedlungen bieten Chancen doch viele Bürger erleben davon im Alltag wenig. Wenn Wachstum

15

nicht spürbar ankommt, entsteht das Gefühl, dass Entwicklung nur auf dem Papier existiert. Der Machtwechsel in Magdeburg wird deshalb in Halle nicht als abstrakte Landespolitik gesehen, sondern als direkte Frage: Kommt jetzt echte Veränderung oder nur neue Namen? Führung bedeutet Richtung. Und Richtung bedeutet Verlässlichkeit. Investoren beobachten politische Stabilität. Bürger beobachten, ob Versprechen eingehalten werden. Beide Gruppen reagieren empfindlich auf Unsicherheit.

Besonders junge Menschen stehen im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Ihre politische Sozialisation findet nicht im Parlament statt, sondern im Alltag: auf Schulhöfen, in sozialen Medien, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in ihren Vierteln. Wenn Politik dort nicht als lösungsorientiert wahrgenommen wird, sondern als fern und wirkungslos, wächst eine Generation heran, die Demokratie eher als Ritual denn als Werkzeug erlebt.

Viele Jugendliche erleben Politik als etwas, das vor allem angekündigt, aber selten umgesetzt wird. Besonders in Vierteln mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich diese Distanz deutlich: Dort ist die Wahlbeteiligung niedrig, während die Zustimmung zu Protestparteien steigt. Die Shell-Jugendstudie 2024 zeigt, dass nur rund ein Drittel der Jugendlichen in Deutschland angibt, sich stark in politische Entscheidungen einbezogen zu fühlen, und dass viele das Gefühl haben, politische Prozesse hätten wenig Wirkung auf ihr Leben (→ Shell-Jugendstudie 2024).

Doch Demokratie misst sich nicht nur an Ergebnissen, sondern an Vertrauen. Und genau dieses Vertrauen ist die eigentliche Wahlentscheidung dieses Jahres nicht auf dem Stimmzettel, sondern im Alltag. Halle steht dabei an einem Scheidepunkt. Die Stadt hat Potenzial, Infrastruktur und kulturelle Stärke. Aber sie braucht politische Klarheit und sichtbare Investitionen. Wenn Bürger den Eindruck gewinnen, dass ihre Realität nicht Teil politischer Entscheidungen ist, verliert die Demokratie ihre Bodenhaftung.

Die Wahlergebnisse sind deshalb mehr als Statistik. Sie sind ein gesellschaftliches Echo. Ein großer Teil der Bevölkerung fordert Beteiligung, Respekt und echte Mitsprache. Dieses Echo zu ignorieren würde die Spaltung vertiefen. Es ernst zu nehmen könnte Halle stabilisieren. Denn trotz aller Enttäuschung bleibt eine zentrale Wahrheit: Demokratie ist nicht perfekt. Aber sie ist das einzige System, das Veränderung ohne Gewalt ermöglicht. Gerade deshalb ist dieses Wahljahr entscheidend. Die Zukunft Halles wird nicht allein im Parlament entschieden. Sie entsteht im Verhältnis zwischen Politik und Bevölkerung. Wenn dieses Verhältnis weiter zerfällt, verliert die Stadt mehr als Stabilität.

Sie verliert Orientierung. Und eine Stadt ohne Orientierung verliert ihre Zukunft.

Wie es sich anfühlt, heute in Niedersachsen zu leben

16



(Foto: Eleonora)

Demokratie wird oft so dargestellt, als wäre sie etwas Stabiles, etwas, das einfach immer da ist. Aber für viele Menschen fühlt sie sich nicht so an. Für viele ist Demokratie etwas Fragiles, etwas, das bröckelt, wenn Ausgrenzung, Rassismus und Angst den Alltag bestimmen. Genau so fühlt es sich für mich an, heute in Niedersachsen zu leben.

Allein die Tatsache, dass es die AfD gibt und dass sie immer stärker wird, macht mir Angst. Nicht nur, weil sie in Parlamenten sitzt, sondern weil sie das Denken vieler Menschen verändert oder bestärkt. Dinge, die früher vielleicht nur heimlich gedacht wurden, werden heute laut gesagt. Rassismus wird normalisiert. Menschenfeindlichkeit bekommt eine politische Bühne. Und plötzlich fühlen sich Nazis sicher genug, ihren Hass offen zu zeigen.

Für viele Menschen mit Migrationsgeschichte, besonders für Roma und Sinti, ist das kein abstraktes politisches Problem, sondern tägliche Realität. In Niedersachsen ist das Aufenthaltsrecht für viele extrem unsicher. Man lebt auf Duldung, ständig mit der Angst, abgeschoben zu werden. Ohne

Eleonora (Osnabrück)

17

Arbeitserlaubnis darf man nicht arbeiten. Aber ohne Arbeit ist es fast unmöglich, einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bekommen. Man muss um alles kämpfen: um eine Arbeitserlaubnis, um eine Wohnung, um Anerkennung, um das Recht, einfach zu leben.

Dieses System ist unmenschlich. Es setzt Menschen unter dauerhaften Druck und gibt ihnen gleichzeitig das Gefühl, unerwünscht zu sein. Und genau hier zeigt sich, wie wenig selbstverständlich Demokratie ist. Denn Demokratie sollte eigentlich Schutz bieten. Sie sollte Menschenwürde garantieren. Aber für viele fühlt sie sich wie ein leeres Versprechen an.

Besonders schmerzhaft ist der Alltagsrassismus. Er ist oft leise, aber extrem verletzend. Ein Blick, der sagt: »Du gehörst nicht dazu.« Eine Situation, in der man Hilfe braucht und trotzdem ignoriert wird, weil man nicht deutsch aussieht. Eine Wohnung, die man nie bekommt, nur wegen eines ausländisch klingenden Nachnamens. Das sind keine Einzelfälle. Das ist Alltag.

Natürlich gibt es auch liebe Menschen. Menschen, die solidarisch sind, die zuhören, die helfen. Aber der Hass ist laut geworden. Und genau deshalb ist es aus meiner Sicht so gefährlich, wenn Parteien wie die AfD stärker werden. Sie geben meinem Empfinden nach diesem Hass Raum, Sprache und Legitimation. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss verteidigt werden, jeden Tag. Gegen Rassismus, gegen Antiziganismus, gegen Ausgrenzung. Und vor allem: für Menschen. Für echte Leben, echte Ängste und echte Hoffnungen.

Unzufriedenheit und politische Orientierung

Leonardo (Dresden)

Viele Menschen sind mit der aktuellen politischen Situation unzufrieden. Diese Unzufriedenheit ist real und hat unterschiedliche Gründe. In diesem Kontext wenden sich manche der Alternative für Deutschland zu, weil sie darin eine Alternative sehen.

Dabei stellt sich jedoch eine offene Frage: Welche Art von Veränderung wird hier erwartet und was bedeutet sie konkret?

Nicht jede politische Antwort ist automatisch eine Lösung. Gerade deshalb lohnt es sich, genauer hinzusehen, welche Vorstellungen hinter bestimmten Forderungen stehen.

Der Begriff »Remigration«

Ein Beispiel dafür ist der Begriff Remigration, der in politischen Debatten immer häufiger auftaucht. Er klingt zunächst technisch und abstrakt, wirft aber grundlegende Fragen auf: Wer ist damit gemeint? Menschen ohne deutschen Pass? Eingebürgerte Menschen? Personen, die hier geboren wurden und seit Generationen in Deutschland leben?

Solche Fragen zeigen, dass es hier nicht nur um politische Steuerung geht, sondern um Zugehörigkeit und darum, wer als Teil der Gesellschaft gesehen wird und wer nicht.

Warum historische Bezüge eine Rolle spielen

Geschichte wiederholt sich nicht eins zu eins, aber sie kann helfen, Entwicklungen einzuordnen. Im Nationalsozialismus wurden junge Menschen gezielt ideologisch geprägt, etwa durch die Hitler-Jugend. Ausgrenzung, klare Feindbilder und Gruppenzwang spielten dabei eine zentrale Rolle. Wie sich solche Mechanismen für junge Menschen anfühlen können, zeigt der Roman »Bis die Sterne zittern« von Johannes Herwig. Auch wenn es sich um eine literarische Geschichte handelt, macht der Roman deutlich, wie Ideologien wirken können, wenn sie als »normal« oder »alternativlos« dargestellt werden. Er erhebt keinen Anspruch auf historische Vollständigkeit, kann aber

18

19



Leonardo als Aktivist auf einem »Let's talk about Tomorrow« Event in Berlin.
(Foto: Leonardo)

helfen, emotionale und menschliche Aspekte dieser Zeit besser zu verstehen.

Einen analytischen Blick auf die Gegenwart wirft dagegen »Es ist 5 vor 1933. Was die AfD vorhat – und wie wir sie stoppen« von Philipp Ruch, das die AfD politisch einordnet, ihre Strategien beschreibt und sich mit Fragen rechtsextremer Tendenzen auseinandersetzt (→ Ruch 2024).

Warum das Nachdenken wichtig ist

Gerade junge Menschen kommen heute früh mit politischen Inhalten in Kontakt, über Social Media, Demos oder Gespräche im Umfeld. Nicht alles ist sofort eindeutig. Umso wichtiger ist es, Begriffe zu verstehen, Fragen zu stellen und Widersprüche auszuhalten.

»Gesichert rechtsextrem« ist kein Schlagwort, das Diskussionen beenden soll. Es ist eine Einladung, genauer hinzusehen: auf Sprache, auf Forderungen und auf die Konsequenzen, die sie für eine vielfältige Gesellschaft haben könnten.

Persönliche Einordnung

Ich bin dankbar für das, was ich habe. Für echte Freunde, die im Menschen nicht zuerst den Hintergrund sehen, sondern den Wert. Für Menschen, die mich nicht nach Herkunft einordnen, sondern nach dem, wie ich bin.

Ich lebe in Sachsen. Und ich spüre den Hass gegenüber Ausländern fast jeden Tag. Manchmal offen, manchmal leise, manchmal nur durch Blicke oder Worte, die hängen bleiben. Es gibt Tage, an denen das alles sehr schwer wird. An denen ich merke, wie nah Angst und Erschöpfung beieinander liegen.

Trotzdem entscheide ich mich bewusst gegen Hass. Gegen Abgrenzung. Gegen das »Rechtssein«. Ich halte mich stattdessen an meinem Traum fest: Ich möchte Koch werden. Das ist mein Ziel. Mein Antrieb. Mein Grund, weiterzumachen.

Ich kämpfe um ein Bleiberecht und dieser Weg ist nicht leicht. Er ist voller Stress, Unsicherheit und Druck. Trotzdem versuche ich, jedem Menschen mit Respekt zu begegnen, ihn wie einen Freund zu behandeln und seine Werte zu sehen. Nicht, weil alles einfach ist, sondern weil ich glaube, dass Menschlichkeit eine Entscheidung ist.

Wenn ich daran denke, dass die AfD an die Macht kommen könnte, spüre ich vor allem eines: Angst.

Noch mehr Stress. Noch mehr Unsicherheit. Die Angst, wieder zurückgeschickt zu werden in ein Land, in dem ich keine Zukunft sehe. In dem ich die Sprache nicht richtig beherrsche. In dem mein Leben wieder nur daraus bestehen würde, Geld zu sammeln, Schrott zu verkaufen und irgendwie zu überleben. Mein Traum würde dort zerbrechen. Nicht, weil ich ihn aufgegeben habe – sondern weil er mir genommen würde.

Und genau das macht mir Angst: dass politische Entscheidungen nicht abstrakt sind, sondern ganz konkret über Leben, Zukunft und Hoffnung entscheiden.

20

21



Leonardo beim Protest »Rettet das Mahnmal!« im Herbst 2024 (Fotos: Leonardo)

Ein Mahnmal im Konflikt: Erinnerungskultur und Infrastruktur in Berlin

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas wurde 2012 nach jahrelangem Engagement der Opferverbände im Berliner Tiergarten nahe dem Reichstag eingeweiht. Schon 1992 hatte die Bundesregierung beschlossen, diesen Opfern ein eigenes Mahnmal zu widmen, da sie lange in der offiziellen Erinnerungskultur kaum berücksichtigt worden waren. Das Mahnmal besteht aus einer schwarzen Granitstele in der Mitte eines runden Wasserbeckens, in das täglich Blumen gelegt werden. Es symbolisiert sowohl Trauer als auch Würde und soll das Gedenken an die Porajmos, den Völkermord an den Sinti und Roma, wachhalten.

Bereits kurz nach der Einweihung geriet das Denkmal in neue politische Diskussionen: Im Jahr 2024 plante die Stadt Berlin zusammen mit der Deutschen Bahn den Bau einer neuen S-Bahn-Linie (S21 Nordringanbindung), deren Bauarbeiten das Denkmalumfeld erheblich beeinträchtigen würden. 22 Aktivist:innen und Verbände riefen daraufhin zu Protesten auf, da Bäume gefällt, der ruhige Gedenkort gestört und die symbolische Würde des Mahnmals beschädigt werden könnten. Diese Proteste zeigen deutlich, dass Erinnerungskultur in Deutschland nicht automatisch durch Infrastrukturprojekte geschützt wird.

Die Kritik richtet sich dabei auch an die heutige Politik: Entscheidungen wie die Berliner Bauplanung offenbaren ein Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz historischer Erinnerungsorte. Für viele Aktivist:innen ist dies ein Hinweis darauf, dass Demokratie und Entschädigung für Opfergruppen nicht ausreichend sichtbar in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das Mahnmal, das für Anerkennung, Gedenken und Menschenrechte steht, wird durch die Baupläne faktisch bedroht, obwohl gerade staatliche Planung die Verantwortung hätte, diese historische Erinnerung zu respektieren.

Die Proteste von 2024 sind daher nicht nur ein Widerstand gegen Baumaßnahmen, sondern ein politisches Signal, dass die heutige Politik die Erinnerungskultur und die symbolische Wiedergutmachung für die Opfer des Völkermords ernst nehmen muss. Die Debatte zeigt, dass Infrastrukturprojekte in Deutschland oft Vorrang vor historischen und sozialen Gerechtigkeitsfragen haben – ein Zustand, der bei Minderheiten wie Sinti und Roma besonders kritisch gesehen wird.

Für die Opfer und ihre Nachkommen bedeutet es, dass ihr Leid gesehen und anerkannt wird. Genau das ist wichtig: Alle Opfer des Nationalsozialismus müssen als gleich wichtig gesehen werden. Es gibt keine »wichtigen« und »weniger wichtigen« Opfer – ob jüdisch, Sinti oder Roma, politisch verfolgt oder andere Gruppen. Jeder, der die verfolgt, deportiert oder ermordet wurde, verdient gleiche Anerkennung und Gedenken.

Der Protest »Rettet das Mahnmal!« im Herbst 2024 zeigt, dass unsere Demokratie hier Lücken hat. Die geplante S-Bahn-Baustelle bedroht das Denkmal und verdeutlicht, dass Entschädigung und Schutz für Opfergruppen in politischen Entscheidungen oft nicht sichtbar genug sind. Wenn Wirtschaft oder Infrastruktur immer Vorrang haben, während historische Verantwortung und Erinnerungskultur zurückstehen, verlieren Orte wie dieses Mahnmal ihre Bedeutung – und damit auch das Signal an die Gesellschaft, dass alle Opfer gleichwertig anerkannt werden müssen.

Das Mahnmal ist also nicht nur ein Ort der Trauer, sondern ein symbolischer Schutz für Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Und genau deswegen ist es so wichtig, dass wir es nicht vergessen und dafür kämpfen, dass es respektiert wird. 23

Auf diese Quellen haben wir uns in den Artikeln bezogen:

zu »Einordnung der Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als gesichert rechtsextrem einzustufen«



Bundesamt für Verfassungsschutz. (2024a). Verfassungsschutzbericht 2024. (abgerufen am 23.03.26)



Bundesamt für Verfassungsschutz. (2024b). Pressemitteilung zur Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung. (abgerufen am 23.03.26)



Deutscher Bundestag. (2024, Januar). Aktuelle Stunde zur Remigrations-Debatte. (abgerufen am 23.03.26)



Deutsche Welle. (2023, 15. Dezember). German »Remigration« debate fuels push to ban far-right AfD. (abgerufen am 23.03.26)



Friedrich-Ebert-Stiftung & Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. (2023). Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. (abgerufen am 23.03.26)



Kehlbach, C., Bräutigam, F., & Lagmöller, A. (2025). FAQ: Was bedeutet die neue Einstufung der AfD - und was sind die Folgen? tagesschau.de. (abgerufen am 13.01.26)



Lüdecke, R. (2025). AfD als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft: Welche Folgen hat das? Amadeu Antonio Stiftung. (abgerufen am 13.01.26)



Mediendienst Integration. (2025). Ist die AfD rechts-extrem? Mediendienst Integration. (abgerufen am 13.01.2026)



Ogorek, M. (2025). Rechtswissenschaftliche Untersuchung der Bedeutung des Gutachtens des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Einstufung der »Alternative für Deutschland« als gesichert rechtsextremistisch für ein mögliches Parteiverbotsverfahren. Universität zu Köln. (abgerufen am 13.01.26)



tagesschau.de. (2025). AfD-Jugendorganisation »Generation Deutschland« gegründet - investigativ Tagesschau. (abgerufen am 13.01.26)



Wahlrecht.de. (2026). Sonntagsfrage - Umfragen Landtagswahlen. Wahlrecht.de. (abgerufen am 23.03.26)



Zick, A., & Eden, M. (2024). Mitte, rechtsaußen oder rechtsdraußen? Bericht zu den Einstellungen der AfD-Anhängerschaft in der Mitte-Studie 2022/23. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld. (abgerufen am 13.01.26)

24

zu »Unzufriedenheit und politische Orientierung«

Herwig, J. (2017). Bis die Sterne zittern. Gerstenberg Verlag.

Ruch, P. (2024). Es ist 5 vor 1933. Was die AfD vorhat - und wie wir sie stoppen. Ludwig Verlag.

zu »Wahljahr unter Spannung. Halle zwischen politischem Umbruch, Vertrauensfrage und gesellschaftlicher Unsicherheit«



Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. 2025. Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 - Stadt Halle (Saale). (abgerufen am 23.03.26)



Kaeding, Michael / Pieper, Morten / Haußner, Stefan. 2015. Die soziale Schiefelage der Wahlbeteiligung. regierungsforschung.de, Essays & Kolumnen. (abgerufen am 23.03.26)



Destatis. 2025. Wahlbeteiligung und Briefwahl bei der Bundestagswahl 2025. (abgerufen am 23.03.26)



Shell-Jugendstudie 2024. 19. Shell-Jugendstudie - Jugend 2024: Infografik »Politik«. Shell Deutschland GmbH. (abgerufen am 23.03.26)



Statistisches Bundesamt & Partizipationsforschung. 2025. Politische Partizipation in Deutschland: Sozioökonomische Einflüsse und Jugend. (abgerufen am 23.03.26)



Amaro Drom

Aufbau-Haus am Moritzplatz
Prinzenstr. 84
Aufgang 1
10969 Berlin

Tel. 030 – 616 200 10
Fax 030 – 690 019 60
Email info@amarodrom.de

Vahide Berisha Pädagogische Referentin
vahide.berisha@amarodrom.de

Denisz Petrovity Bildungsreferent
denisz.petrovity@amarodrom.de

Thomas Erbel Projektleitung
thomas.erbel@amarodrom.de

Paula-Lucia Rosenheimer Referentin für
Interkulturelle Zusammenarbeit
paula.rosenheimer@amarodrom.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



Amaro Drom